

# **POWER FÜR DIE SCHWEIZ!**

Eine parlamentarisch- wirtschaftliche Initiative

19. September 2005

## **„ePower-Initiative“: Ziele für die schweizerische Informationsgesellschaft**

Ständeratspräsident Bruno Frick  
Nationalrat Ruedi Noser

asut  
economiesuisse  
ICTswitzerland  
Swiss Engineering STV

## **1 Warum die Schweiz „ePower“ braucht**

Wir alle wissen es und hören es täglich: Mit mehr Wachstum wären viele anstehende Probleme einfacher zu lösen. Wenn die Schweiz tatsächlich eine „Wissensgesellschaft“ sein will, dann muss ein wesentlicher Teil dieses angestrebten Wachstums von Seiten der Informatik und Telekommunikation kommen. Diese Branche (ICT) macht 8 % unseres Bruttoinlandsproduktes aus. Die Bruttowertschöpfung beträgt ca. 15 Milliarden Franken. Hingegen weist die Schweiz in diesem Sektor ein Aussenhandelsdefizit von ca. 6 Milliarden Franken aus. Wenn die Schweiz in den kommenden Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum erreichen will, müssen wir dies ändern. Die Schweiz braucht also „ePower“.

2005 ist das nationale „Jahr der Technik“, das unter dem Patronat von Bundesrat Joseph Deiss steht ([www.jahr-der-technik.ch](http://www.jahr-der-technik.ch)) – der ideale Rahmen, um über das Thema „ePower für die Schweiz“ nachzudenken. Aus diesem Grund haben sich am 30. Mai 2005 Vertreter von Parlament, Industrie und Verwaltung getroffen und über die Notwendigkeit einer „ePower-Initiative“ diskutiert: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Startsitung waren sich einig, dass Industrie, Politik und Verwaltung zusammen konkrete Voraussetzungen und Ziele formulieren sollen, die messbar und überprüfbar sind.

Fazit: Die Schweiz braucht eine „ePower-Initiative“, getragen von Politik und Wirtschaft, die ein Gefühl für die Dringlichkeit der Anliegen schafft und konkrete und umsetzbare Ziele formuliert. Das Ziel ist: Die Schweiz soll in den folgenden Bereichen der ICT-Branche eine Spitzenposition einnehmen können: e-Government, e-Health, Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Produktionsstandort Schweiz. Die Initianten der ePower-Initiative sind sich einig, dass der elektronische Zugang zu diesen Bereichen allen Bürgern offen stehen soll und dass kein „digitaler Graben“ entstehen darf. Zudem ist dem Datenschutz und der Sicherheit genügend Rechnung zu tragen: Nur so haben e-Lösungen die notwendige Akzeptanz und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Mit dieser Initiative soll zudem politischer Druck geschaffen werden, damit die Modernisierung der ICT-Infrastruktur des Staates die notwendige Priorität erhält: Der Staat soll - um seine Effizienz zu steigern und zum Nutzen der Bürger und der Wirtschaft - ein führender Anwender im ICT-Bereich werden.

## **2 Voraussetzungen, damit „ePower“ in der Schweiz möglich ist**

Bevor konkrete Ziele für eine „ePower-Initiative“ formuliert werden können, müssen in der Schweiz die Voraussetzungen für eine moderne Informationsgesellschaft geschaffen werden:

1. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat eine „digitale Identität“, die sowohl in der realen als auch in der virtuellen Identität funktioniert.
2. Als technische Voraussetzung benötigen die Benutzer in der Schweiz die weltweit beste Internet-Breitband-Infrastruktur.
3. Ausbildung: Ab 2010 können alle Schulabgänger mit PC und Internet so umgehen, dass sie mit den Besten in Europa mithalten können.
4. Der Rechtsrahmen in der Schweiz ist so gestaltet, dass der Einsatz von Risikokapital für ICT-Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen im europäischen Vergleich in der Schweiz am attraktivsten ist.

### 3 Konkrete Ziele, wie die Schweiz „ePower“ bekommt

Die Initiative „ePower für die Schweiz“ strebt die Umsetzung der folgenden Ziele an:

1. Umstellen der Priorität in der Verwaltung: Ab 2008 wird jeder neue Prozess in der Verwaltung zuerst elektronisch aufgesetzt, anschliessend kann er auch – falls notwendig - in Papierform umgesetzt werden.
2. Strikte Trennung: Der Staat widmet sich nur seinen hoheitlichen Aufgaben, der ganze Rest (Infrastrukturen, Portal- und Transportfunktionen<sup>1</sup>) wird von Privaten angeboten. Dabei ist den Service Public – Aufgaben des Staates besondere Beachtung zu schenken.
3. Mindestens die folgenden Transaktionen können bis 2010 durch die Benutzer elektronisch abgewickelt werden:
  - a. online Firmen gründen (Voraussetzung: digitale Identität!)
  - b. Informationsaustausch der Eltern mit der Volksschule sind elektronisch möglich (Stundenpläne, Klassen-Alarm, Zeugnisse, ...)
  - c. Steuern und Mehrwertsteuerwesen werden vollständig elektronisch abwickelbar
  - d. Alle SUVA- und AHV-/IV-Kontakte<sup>2</sup> (Arbeitgeber/Arbeitnehmer, Ärzte, ...) werden elektronisch abwickelbar
  - e. Alle Rechnungen (des Staates) sind elektronisch zahlbar
  - f. Die Bürgerinnen und Bürger können mit allen behördlichen Stellen elektronisch kommunizieren
4. Ab 2010 können die Bürgerinnen und Bürger – sofern sie das wünschen - alle administrativen Transaktionen im Gesundheitswesen elektronisch abwickeln.
5. Ab 2010 müssen Schweizerinnen und Schweizer keine Daten neu erfassen, die bereits für ähnliche Zwecke bei Behörden aller Stufen vorhanden sind. Beispiele: Volkszählung<sup>3</sup> und An-/Abmeldung bei der kommunalen Einwohnerkontrolle (Transaktionen des Alltags). Das Motto lautet: Die Daten laufen, nicht die Bürger.
6. Von den grossen ICT-Firmen sollen bis 2010 12 Firmen weltweite oder europäische Hauptsitze oder Forschungslabore in der Schweiz ansiedeln. Die ansässigen ICT-Firmen sind zu unterstützen, indem sie in ICT-Clustern zusammengefasst werden.
7. Wesentliche Teile des Grundstudiums der Hochschulen in der Schweiz werden auf Internet-Basis ortsunabhängig angeboten.
8. In der Schweiz besteht eine Informatik-Plattform mit der entsprechenden Aufbauorganisation, dank welcher ein effizienter und effektiver Wissensaustausch, eine effektive Suche von Experten sowie einfache Diskussionen zwischen Wissensgruppen durchgeführt werden können.

---

<sup>1</sup> Portal- und Transportfunktionen = Der Weg, wie Informationen vom Bürger zum Staat und umgekehrt fließen.

<sup>2</sup> Umsetzung Einheitliches Lohnmeldeverfahren (ELM)

<sup>3</sup> vgl. „Tages-Anzeiger“ vom 4.7.05: „Keine Volksbefragung mehr: Bei der nächsten Volkszählung muss die Bevölkerung keine Fragebogen mehr ausfüllen. Die Daten werden aus den Einwohnerregistern erhoben. Das Bundesamt für Statistik (BFS) konzipiert die Volkszählung neu. Statt einer Vollerhebung sollen im Jahr 2010 Daten aus kantonalen und kommunalen Registern genutzt werden. Das kostet weniger und erspart den Einwohnern das Ausfüllen eines Fragebogens.“  
(<http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/schweiz/515563.html>).

#### **4 Weiteres Vorgehen**

Die vorliegende „ePower-Initiative“ wurde am 19. September 2005 von Vertretern aus Industrie, Verwaltung und Politik verabschiedet, die sich als Erstunterzeichner zu den ePower-Zielen bekennen. Ab Ende September sollen weitere Unterzeichner und Befürworter dieser Initiative gesucht werden. Die bezeichneten Ziele sollen im Hinblick auf ihre Umsetzung in Arbeitsgruppen wie folgt weiter bearbeitet werden:

- Konkretisierung und Beispiele, ev. (ausländische) Vorbilder
- Erarbeiten parlamentarischer Muster-Vorstösse für die Stufen Gemeinden, Kantone und Bund (zuhanden eines ePower-Kongresses im Mai/Juni 2006)

#### **Meilensteine:**

- Oktober bis Dezember 2005: Unterzeichnung der ePower-Initiative unter [www.epower-initiative.ch](http://www.epower-initiative.ch); Vertiefung und Konkretisierung der ePower-Ziele
- Anlass Wintersession 05 (: Konzept für einen ePower-Kongress im Mai/Juni 2006, Ausarbeiten und konkretisieren von Mustervorstössen (politische Vorstösse auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene), konkrete Vorschläge der Industriepartner, wie die ePower-Ziele erreicht werden können.
- Frühling 2006: „ePower-Kongress 2006“: Interessierte Parlamentarier (aller drei Stufen) diskutieren Muster-Vorstösse und weitere Massnahmen (neben diesem Kongress findet 2006 wie geplant das ICT-Politiker-Seminar statt).

Bern, den 19. September 2005